



KAS INTERNATIONAL

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



Unter ihrem Jahresmotto „Zeitenwenden – die Tagesordnung der Zukunft“ wird die KAS 2014 die tiefgreifenden Veränderungen und Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft in den Blick nehmen. In diesem Heft sind alle Beiträge, die über Veranstaltungen mit speziellem Bezug zu diesem Thema berichten, mit dem hier ersichtlichen Logo des Jahresmottos markiert.



POLITISCHER DIALOG:

Der ungarische Außenminister Dr. János Martonyi hielt auf einer Veranstaltung anlässlich des 10. Jahrestags der EU-Osterweiterung in Budapest die Grundsatzrede.



UMWELT-, KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK: Mit dem Projekt „Urban Campus Chengdu 2014“ fördert die KAS in Shanghai kreative Ideen zum Thema Urbanisierung in Chengdu.



WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG: Auf einer Veranstaltung der KAS in Uganda wurde diskutiert, ob es den afrikanischen Staaten gelingen wird, nachhaltige wirtschaftliche Transformation zu erreichen.

INHALT

- Seite 2
Editorial
- Seite 3
Schwerpunktthema
- Seite 6
Politischer Dialog
- Seite 10
Europapolitik
- Seite 12
KAS-Panorama
- Seite 14
Umwelt-, Klima- und Energiepolitik
- Seite 16
Rechtsstaat
- Seite 18
Wirtschafts- und Sozialordnung
- Seite 20
Demokratie und Entwicklung
- Seite 22
Medien
- Seite 23
Neuigkeiten aus der Europäischen und Internationalen Zusammenarbeit
- Seite 24
Neuerscheinungen

3. DEUTSCH-GEORGISCHES STRATEGIEFORUM

EURO-ATLANTISCHE INTEGRATION IM MITTELPUNKT

Hochrangige Regierungsmitglieder, Parlamentsvertreter und Experten aus Deutschland und Georgien diskutierten Mitte Juni in der georgischen Hauptstadt Tiflis das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Georgien sowie die Aussichten für einen NATO-Beitritt des Landes.

Dabei spielten sowohl die innenpolitische Lage in dem Kaukasus-Land als auch die außen- und sicherheitspolitischen Folgen der Krim-Krise eine wichtige Rolle. Das von der Konrad Adenauer-Stiftung und dem Atlantic Council of Georgia organisierte Strategieforum fand bereits zum dritten Mal statt und bot erneut die Möglichkeit, sich intensiv und offen über die Aufgaben und Chancen der europäisch-deutsch-georgischen Beziehungen auszutauschen. Zu den Teilnehmern aus Deutschland gehörten unter anderem Dieter Althaus, KAS-Vorstandsmitglied und ehemaliger Ministerpräsident von



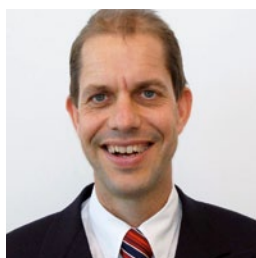
v.l.: Dieter Althaus (KAS-Vorstandsmitglied und Ministerpräsident von Thüringen a.D.), Dr. Canan Atilgan (Leiterin des KAS-Regionalprogramms Politischer Dialog Südkaukasus), David Usupashvili (Präsident des georgischen Parlaments), Dr. Dr. h.c. Karl A. Lamers MdB (stv. Vorsitzender des Verteidigungsausschusses und Präsident der Atlantic Treaty Association)

Thüringen, Dr. Karl A. Lamers, stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses im Deutschen Bundestag sowie Präsident der Atlantic Treaty Association, und Dr. Andreas Schockenhoff, stellvertretender Vorsitzender der

> Fortsetzung auf Seite 3

■ EDITORIAL

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



die Ukraine-Krise hat die östliche Nachbarschaft der EU in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit Europas gerückt. Kaum jemand hätte dies noch vor einem Jahr für möglich gehalten: Mit dem Programm der Östlichen Partnerschaft (ÖP), das Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, die Republik Moldau und die Ukraine umfasst, hatte sich die EU die Unterstützung dieser Staaten in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wirtschaft zum Ziel gesetzt und dadurch einen Beitrag zur Stabilisierung der gesamten Region geleistet. Dass nun das Gegenteil eingetreten ist und sich viele dieser Länder unsicherer denn je fühlen,

ist der Reaktion Russlands geschuldet, das mit der Annexion der Halbinsel Krim die territoriale Integrität eines Landes und völkerrechtliche Verträge wie die Budapester Erklärung missachtet hat. Die Folge ist eine der schwerwiegendsten politischen Krisen zwischen den westlichen Demokratien und Russland seit dem Ende des Kalten Krieges. Ausschlaggebend war in diesem Zusammenhang das Angebot Brüssels gegenüber der Ukraine und anderen Staaten der Region, Assoziierungsabkommen abzuschließen, die diese politisch und wirtschaftlich näher an die EU heranführen.

In der russischen Wahrnehmung, die auf einem bereits überwunden geglaubten Nullsummendenken beruht, bedeutet eine Annäherung der betroffenen Staaten an die EU automatisch eine Abkehr von Russland und damit einen geopolitischen Machtverlust. Die Möglichkeit einer Win-win-Situation ausschließend hat Russland daher in den letzten Jahren seine eigenen Bemühungen forciert, mit einer Eurasischen Wirtschaftsunion ein alternatives Integrationsprojekt zur EU zu schaffen, das insbesondere auch die ÖP-Staaten umfassen soll. Die Ereignisse der vergangenen Monate, allen voran in der Ukraine, haben indes die Unterschiede zwischen dem eurasischen und dem europäischen Integrationsprojekt deutlich vor Augen geführt: Während sich die EU als ein auf freiheitlich-demokratischen Werten basierter Zusammenschluss gleichberechtigter Staaten versteht, erscheint das eurasische Integrationsprojekt als ein von Russland dominiertes Machtbündnis in Abgrenzung zu Europa. Während die EU ungeachtet aller Krisen mit der Aussicht auf eine bessere, friedliche Zukunft in Wohlstand und Freiheit weiterhin eine enorme Anziehungskraft auf ihre östlichen Nachbarn ausübt, greift Russland, die Abhängigkeit der Länder ausnutzend, auf wirtschaftlichen und sogar militärischen Druck und Zwang, im besten Falle auf finanzielle Lockmittel zurück. Dabei missachtet Russland die Souveränität dieser Staaten, ihr Recht auf eine freie Entscheidung über die eigene Zukunft in politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht.

Als Konrad-Adenauer-Stiftung stehen wir gemeinsam mit unseren Partnern in den Staaten der östlichen Nachbarschaft auf der Seite der Freiheit und territorialen Selbstbestimmung. Damit sich die beachtliche Entwicklung der Länder des ehemaligen Ostblocks hin zu politischer, zivilgesellschaftlicher und wirtschaftlicher Freiheit fortsetzt, wollen wir gleichzeitig den vertrauensvollen, offenen und ehrlichen Dialog mit Russland in Zukunft fortführen. Nur durch die Einbeziehung aller Beteiligten ist ein östliches Europa in Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung möglich.

Berlin, im Juli 2014

Dr. Gerhard Wahlers | Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung



IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Europäische und
Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstraße 23
D-10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktionsteam

■ Dr. Stefan Friedrich
(Gesamtkoordination)
■ Silke David
■ Isabel Peter

■ Dr. Matthias Bauer
(Wirtschafts-
und Sozialordnung)
■ Dr. Céline-Agathe Caro
(Europapolitik)
■ Franziska Fabritius
(Demokratie und Entwicklung)
■ Peter Girke
(Rechtsstaat)
■ Dr. Christian Hübner
(Umwelt-, Klima- und
Energiepolitik)
■ Dr. Patrick Keller
(Politischer Dialog)
■ Martina Kaiser
(Medien)

Kontakt über:
vorname.nachname@kas.de

Gestaltung

SWITSCH
KommunikationsDesign, Köln

Bildnachweis

Hintergrundfoto S.3:
© aarstudio - fotolia.com,
Foto S.17, oben: © Tribunal
Supremo Electoral Guatemala

© 2014
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



ClimatePartner[®]
klimaneutral

Druck | ID: 10421-1407-1001

EURO-ATLANTISCHE INTEGRATION IM MITTELPUNKT

Fortsetzung
von Seite 1 ►

CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Bereiche Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Aus Georgien waren zahlreiche Vertreter der Regierung, verschiedener Ministerien sowie der Opposition anwesend, so etwa Verteidigungsminister Irakli Alasania.

Der Präsident des georgischen Parlaments, Davit Usupashvili, betonte in seiner Eröffnungsrede die Bedeutung Deutschlands als strategischer Partner Georgiens in EU und NATO. In den anschließenden Panels standen unter anderem die Zukunft der europäisch-russischen und georgisch-russischen Beziehungen nach Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens sowie die wirtschaftlichen und politischen Perspektiven Georgiens zur Diskussion.



Die Mitgliedschaft Georgiens in der NATO und die mögliche Aufnahme in den Membership Action Plan auf dem NATO-Herbstgipfel in Wales wurden intensiv debattiert.

Wie bereits in den vergangenen Jahren wurde im Rahmen des Strategieforums eine Reihe von Empfehlungen formuliert.

„DER EINZIGE WEG FÜR UNSER LAND IST DER NACH EUROPA.“

zeitenwenden
die tagesordnung
der zukunft



Der georgische Ministerpräsident Irakli Garibaschwili unterstrich am 2. Juni anlässlich einer Rede in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin erneut die Alternativlosigkeit der EU-Orientierung seines Landes.

Garibaschwili wies auf die breite Zustimmung für das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union hin. Durch zahlreiche Reformen habe sich Georgien bereits zu einem modernen Staat nach europäischem Vorbild und zuverlässigen Partner des westlichen Sicherheitsbündnisses entwickelt. Ungeachtet der

Spannungen in der Ukraine wolle man die Beziehungen zu Russland mittels Deeskalation und Zusammenarbeit weiter aktiv gestalten.

Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im Europäischen Parlament, Elmar Brok, betonte, das Assoziierungsabkommen werde die positive Entwicklung Georgiens unterstützen. Angesichts neuer Spannungen in Abchasien wiederholte Brok noch einmal die Grundsätze der Schlussakte von Helsinki zur Unantastbarkeit der territorialen Integrität eines jeden Landes. Er kündigte an, dass er sich nach Unterzeichnung des Abkommens mit Georgien dafür einsetzen werde, dass der Vertrag schnellstmöglich ratifiziert wird.



Irakli Garibaschwili, Ministerpräsident Georgiens, in der Akademie der KAS in Berlin

■ SCHWERPUNKTTHEMA

ZUM ASSOZIIERUNGSABKOMMEN MIT DER EU:

RUNDTISCH IM OSTEN DER UKRAINE



Anlässlich der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU wurde in Dnipropetrowsk über offene Fragen diskutiert.

Bevor die Ukraine damit beginnen kann, das Abkommen zu implementieren und Anpassungen an europäische Standards vorzunehmen, gilt es vor allem, die betroffenen Menschen über die Vorteile des Abkommens zu informieren. Zivilgesellschaftliche Organisationen leisten dazu einen erheblichen Beitrag. Aber in den Verwaltungsstrukturen und der nach Russland ausgerichteten Zulieferindustrie für den Rüstungssektor gibt es noch viel Aufklärungsbedarf. Mit den Teilnehmern in Dnipropetrowsk an der Grenze zu den umkämpften Gebieten in der Ostukraine diskutierten Experten des Euroatlantischen Instituts aus Kiew sowie Boris Tarasjuk, Abgeordneter der Werchowyna Rada und erfahrener Europapolitiker.



Im Panel v.l.: Gabriele Baumann (Leiterin des KAS-Auslandsbüros Ukraine), Boris Tarassjuk (Abgeordneter des ukrainischen Parlaments), Olexandr Suschko (Institut für Euro-Atlantische Zusammenarbeit) und Robert Horolsky (Verband der Steuerberater)

„UKRAINE IS EUROPE“

Mit Unterstützung des Kiewer Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten die European Democrat Students (EDS) gemeinsam mit der Ukrainian Students' Organisation vom 4. bis 8. Juni eine Konferenz zum Thema „Ukraine is Europe – European Identity of Ukraine“ im ukrainischen Ministerium für Jugend und Sport.



Unter den Teilnehmenden waren auch führende Vertreter europäischer Jugendorganisationen. Während der Konferenz diskutierten unter anderem Dmytro Bulatov, Minister für Jugend und Sport der Ukraine, und Jan Tombinski, EU-Botschafter in Kiew, über die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes. In weiteren Panels wurden die Ergebnisse der Präsi-



Der ukrainische Minister für Jugend und Sport, Dmytro Bulatov (2.v.r.), äußert sich zur Entwicklung der Ukraine.

dentschaftswahlen am 25. Mai 2014 sowie die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine vor dem Hintergrund des Assoziierungsabkommens erörtert. Im Rahmen der Konferenz trafen sich die Teilnehmer außerdem mit Aktivisten des Euromaidan sowie mit führenden Vertretern der Jugendorganisationen der Parteien UDAR und Batkiwschtschyna.

Türkische und israelische Experten diskutieren über die Auswirkungen der Erdgasfunde im östlichen Mittelmeer.



ENERGIE IM ÖSTLICHEN MITTELMEER

Unter dem Titel „Energy in the EasternMed: Transcending Geography, Time, and Money“ brachten das KAS-Auslandsbüro Israel und das Harry S. Truman Research Institute Jerusalem israelische, türkische und europäische Hochschul- und Thinktank-Vertreter zusammen, um Möglichkeiten der regionalen Kooperation im Energiesektor zu erörtern.

Im Rahmen der zweitägigen Diskussionen befassten sich die Teilnehmer mit Fragen der Nutzung kürzlich entdeckter Offshore-Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeer, möglichen Exportwegen, den Auswirkungen auf die geopolitische Balance in der Region sowie

Veränderungen im globalen Wettbewerb um Energieressourcen. Dabei spielten neben den arabischen Umbrüchen und den Veränderungen im amerikanisch-saudi-arabischen Verhältnis auch die Folgen der Ukraine-Krise für den weltweiten Energiemarkt eine Rolle.

Für Israel birgt der geplante Export von 40 Prozent seiner Erdgasvorkommen die Möglichkeit, seine Beziehungen zur Europäischen Union, insbesondere zu Griechenland und Zypern, zu stärken. Die Ausfuhr von Erdgas in die Türkei versprache ferner eine Verbesserung des zuletzt angespannten Verhältnisses zwischen Jerusalem und Ankara.

MOLDAU – DIE „VIERTE BALTISCHE REPUBLIK“

Am 2. Juni veranstaltete das Auslandsbüro in Riga eine Diskussionsrunde mit Vertretern der moldauischen Regierung. Mit den baltischen Staaten teilt die Republik Moldau die Transformationsgeschichte als ehemalige Sowjetrepublik. Als Binnenstaat zwischen der Ukraine und Rumänien ist das Land politisch zwischen Europa und Russland gespalten. Martin Sieg, strategischer Berater des Ministerpräsidenten der Republik Moldau, stellte fest, dass die Konfliktlinien zwischen konkreten finanziellen Interessen und politischer Wertorientierung verlaufen.

Der pro-europäisch eingestellte Ministerpräsident Iurie Leancă muss nach der Ukraine-Krise eine Annäherung an die EU wagen und dabei auf russische Befindlichkeiten Rücksicht nehmen, argumentierte Vladislav Kulminski, politischer Berater des Ministerpräsidenten. Die östliche Nachbarschaftspolitik bietet hierbei viele Möglichkeiten, die den Transformationsprozess der Republik Moldau fördern können – so wie es bei den baltischen Staaten schon geschehen ist.

INTERNATIONALES SEMINAR

SICHERHEIT IM SAHEL-SAHARA-RAUM NACH DER MALI-KRISE

Für die nordafrikanischen Länder sind die Entwicklungen im Sahel-Sahara-Raum zu einer ihrer größten sicherheitspolitischen Herausforderungen geworden, die es – nicht zuletzt im Interesse und in Abstimmung mit der EU – zu bewältigen gilt.

Am 28. März veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kooperation mit dem Institut Royal des Études Stratégiques (IRES) in Rabat ein Seminar zur Sicherheit im Sahel-Sahara-Raum nach der Mali-Krise von 2012.

Ziel war es, marokkanische und internationale Sicherheitsexperten zu den aktuellen Herausforderungen der regionalen Sicherheit miteinander zu vernetzen, um gemeinsame Interessen und Handlungsansätze zu bestimmen. Gerade die Verknüpfung von Bodenschätzen und Ressourcenreichtum einerseits und der Zunahme an Sicherheitsbedrohungen für die Region und für Europa durch radikalen Extremismus, organisierte Kriminalität, (Klima-)Flüchtlinge, ethnisch-religiöse Spannungen und schwache Staatlichkeit andererseits machen die Sahelzone zu einer strategischen Region, die eine erhöhte Aufmerksamkeit der EU und der internationalen Staatenwelt erfordert.



Das Institut IRES gilt als der führende marokkanische Think-Tank für strategische Fragen.

Erinnerung an die blutige
Niederschlagung der
Studentenproteste in
China 1989



■ POLITISCHER DIALOG

POLITISCHE AUSSÖHNUNG UND KONFLIKTLÖSUNG STRATEGIEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Trotz intensiver Bemühungen multilateraler Institutionen wie der Vereinten Nationen schwelen weltweit zahlreiche historisch begründete Konflikte. Daher befassten sich renommierte Politologen, Historiker und Sozialwissenschaftler in einer Konferenzreihe vom 4. bis 6. Juni in Hongkong mit politischer Aussöhnung und Konfliktlösungsstrategien im internationalen Vergleich. Damit knüpfte das KAS-Auslandsbüro in Peking an die bereits seit mehreren Jahren etablierte Konferenzserie „Globale Sozialwissenschaften“ des Instituts für Regierungs- und Internationale Studien der Hong Kong Baptist University an. Experten aus China und

Europa analysierten erfolgreiche, aber auch gescheiterte Versöhnungsstrategien auf zwischen- und innerstaatlicher Ebene. Es gelang, Beispiele europäischer und asiatischer Aussöhnung in einen Vergleich zu setzen und Lösungsvorschläge für aktuelle Spannungen Ostasiens zur Debatte zu stellen. Dass sich am 4. Juni die Niederschlagung der Studentendemonstrationen am Platz des Himmlischen Friedens in Peking zum 25. Mal jährte, bot den Konferenzteilnehmern aus allen Kontinenten die Möglichkeit, im Rahmen der Gedenkkundgebungen im Hongkonger Victoria Park an gelebter Erinnerungskultur teilzuhaben.

10. EURO-MEDITERRANES TREFFEN

EINE NEUE BILDUNGS- UND FORSCHUNGSPARTNERSCHAFT

zeitenwenden
die tagesordnung
der zukunft



Vom 16. bis 17. Juni 2014 organisierte die Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der „Association Ribat Al Fath pour le Développement Durable“ (RaF) eine Konferenz in Rabat zum Thema einer neuen Bildungs- und Forschungspartnerschaft zwischen Marokko und der EU. Dabei betonte die Präsidentin des DAAD, Prof. Dr. Margret Wintermantel, die zunehmende Bedeutung der MENA-Region für die Arbeit des DAAD seit dem sogenannten arabischen Frühling. Um die eingeleiteten Transformationsprozesse nachhaltig zu gestalten, hat der DAAD seit 2011 in der Region 165 neue Projekte initiiert. Der marokkanische Minister für höhere Bildung, Lahcen Daoudi, wies auf die Gefahr hin, dass sich langfristig nur die reichen Industrienationen gute Bildung und Forschung leisten könnten, während Entwicklungsländer abgehängt würden. Internationale Bildungsk Kooperation könne dem entgegenwirken. Von den weiteren Teilnehmern des Seminars wurde auf die Chance hingewiesen, die eine engere Bildungs- und Forschungskooperation mit der EU für die ohnehin notwendige Reform des marokkanischen Bildungssektors darstellt.



v.l.n.r.: Dr. Helmut Reifeld (KAS-Büroleiter Marokko), Rachid Belmokhtar (Minister für Erziehung), Assia Bensalah Alaoui (marokkanische Sonderbotschafterin), Dr. Michael Witter (deutscher Botschafter in Marokko), Prof. Dr. Margret Wintermantel (DAAD-Präsidentin), Abdelkrim Bennani (Präsident RaF), Prof. Dr. Zakaria Abouddahab



BRASILIANISCHE EXPERTENEXKURSION ZU EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN

Das KAS-Auslandsbüro Brasilien organisierte vom 19. bis 23. Mai eine außen- und sicherheitspolitische Exkursion für brasilianische Experten. Die Teilnehmer wurden mit Vertretern von EU, NATO und der Bundesrepublik sowie europäischen Wissenschaftlern und Mitarbeitern von Nichtregierungsorganisationen zusammengeführt. Besprochen wurde u. a. Brasiliens Rolle als Führungsnation des globalen Südens und Vermittler zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. So wird gerade in Bereichen wie Klimawandel, globale Wirtschaftsordnung oder Stabilität und Frieden eine verstärkte Zusammenarbeit benötigt. Die Teilnehmer kamen zu dem Schluss, dass neue institutionelle Rahmenbedingungen erarbeitet werden müssen, die den Umbrüchen der Weltordnung gerecht werden.

Der politische Dialog dient dem Meinungsaustausch sowie der Friedenssicherung und schafft Voraussetzungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

POLITISCHER DIALOG ■

DEBATTE ZU POLITISCHEN IDEOLOGIEN UND WERTORIENTIERUNG IN UGANDA

Am 28. Mai veranstaltete die KAS-Uganda einen Workshop in Kampala zum Thema „Politische Ideologien im ugandischen Kontext“ in Kooperation mit dem Young

Leaders Think Tank for Policy Alternatives und der Interparty Youth Platform. Hintergrund der Initiative war, dass die Themen politische Ideologien und Wertorientierung im öffentlichen Diskurs, aber auch in den Parteien selbst, kaum eine Rolle spielen

und weitgehend unreflektiert bleiben. Die Diskussion brachte politisch engagierte Studenten und Jugendliche aus politischen Parteien und der Zivilgesellschaft mit den Veranstaltern zusammen, um sich vor diesem Hintergrund mit der Rolle politischer Ideologien im heutigen Uganda auseinanderzusetzen. Zu Beginn des Workshops hielt Dr. Simba Ssali Kayunga, Leiter des Instituts für Politikwissenschaft der renommierten Makerere-Universität, einen interaktiven Vortrag zur Geschichte und Bedeutung des Themas. Die Veranstaltung und insbesondere der offene und lebendige Austausch fanden großen Anklang und sollen daher im Juli dieses Jahres fortgesetzt werden.



Die Diskussion während des Workshops in Kampala verlief anregend.

FREEDOM IS NOT FREE

Bereits zum zweiten Mal organisierten das Büro der KAS in Washington und das Europabüro Brüssel gemeinsam einen Workshop in Cadenabbia, um aktuelle Fragen der transatlantischen Agenda mit amerikanischen und europäischen Politikern und Vertretern von Think Tanks und NGO's zu diskutieren. In diesem Jahr standen u. a. die Diskussionen um die derzeit verhandelte Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, die EU nach der Wahl, strategische Energiefragen sowie die Auswirkungen der Enthüllungen Edward Snowdens auf der Tagesordnung. Einen besonderen Schwerpunkt bildete zudem der Austausch über die Folgen der russischen Annexion der Krim sowie die Entwicklungen in der Ukraine.

Generell wurde die Auffassung vertreten, dass die aktuellen Entwicklungen das Potenzial haben, die transatlantischen Partner wieder stärker zusammenzubringen. Diskutiert wurde auch über die Rolle des Westens und die Verteidigung gemeinsamer Werte: „Freedom is not free“ – Freiheit ist nicht zum Nulltarif verfügbar, sondern erfordert gemeinsamen Einsatz, ist ein Fazit des Treffens. Ein Amerikaner fasste den Workshop so zusammen: „We have more in common than we give ourselves credit for.“



Dr. Peter Beyer MdB hielt die Eröffnungsrede der Transatlantischen Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Cadenabbia.

10 JAHRE EU-OSTERWEITERUNG

HERAUSFORDERUNGEN DER INTEGRATION

zeitenwenden
die tagesordnung
der zukunft



Anlässlich des 10. Jahrestages der EU-Osterweiterung luden die Andrassy-Universität Budapest und die Konrad-Adenauer-Stiftung zu einer Vortragsveranstaltung über die EU-Mitgliedschaft ein. Frank Spengler, Leiter des KAS-Büros Ungarn, erinnerte daran, dass schon Konrad Adenauer von einem gemeinsamen europäischen Haus sprach. Die Grundsatzrede mit dem Titel „2014 – Jahr der Jahrestage“ hielt der ungarische Außenminister Dr. János Martonyi (Foto). Er betonte, die zehnjährige EU-Mitgliedschaft sei ein Grund zu feiern, aber auch eine Möglichkeit zur Reflexion des bisher beschrittenen Weges. Er sprach die schwierige Vergangenheit des 20. Jahrhunderts für Europa und den Neubeginn seit dem Zusammenbruch des Ostblocks an. Der Beitritt zu EU und NATO bedeute für Ungarn eine Heimkehr, von der das Land erheblich profitiere, ohne allerdings seine Identität aufgeben zu müssen. Im Anschluss diskutierten der ungarische Außenminister sowie Prof. Dr. Georg Milbradt, sächsischer Ministerpräsident a. D., und Prof. Dr. Eckart Stratenschulte, Direktor der Europäischen Akademie Berlin, mit den mehr als 100 Teilnehmern.





Vierter deutsch-koreanischer Sicherheitsdialog in Seoul zum Thema „Europäisch-koreanische Militärkooperation“

VIERTER DEUTSCH-KOREANISCHER SICHERHEITSDIALOG IN SEOUL

Der seit 2011 von der Stiftung etablierte deutsch-koreanische Sicherheitsdialog fand im April 2014 zum vierten Mal während der traditionellen „Themenwoche Sicherheit“ des KAS-Auslandsbüros Korea statt. Der Dialog wurde gemeinsam mit den Partnern Sea Lanes of Communication-Study Group Korea (SLOC) und dem Research Institute for National Security Affairs der Korea National Defense University durchgeführt. Fragen der aktuellen maritimen Sicherheit in Nordostasien sowie die europäisch-koreanische Militärkooperation waren wichtige Gegenstände des fachlichen Austauschs von Wissenschaftlern, Sicherheitsexper-

ten, Militärs und Politikern. Die Themen wurden in diversen Konferenzen und Expertengesprächen vor insgesamt mehreren hundert Gästen diskutiert.

Dabei standen die neue maritime Rivalität der USA und Chinas im Südchinesischen Meer ebenso im Zentrum des Interesses wie Überlegungen zum Aufbau einer nachhaltigen ostasiatischen Sicherheitsarchitektur am Beispiel der NATO. Dr. Patrick Keller, außen- und sicherheitspolitischer Koordinator der KAS, entwickelte in seinem Referat Perspektiven für eine Zukunftspartnerschaft zwischen NATO und der Republik Korea.

MENSCHENHANDEL IN EUROPA UND ASIEN



Im März veranstaltete das Regionalprogramm Politikdialog Asien in Kooperation mit dem Cambodian Institute for Cooperation and Peace eine Konferenz zum Thema „Addressing Irregular Migration and Human Trafficking in Europe and Asia“ in Phnom Penh/Kambodscha. Für dieses Treffen

des „EU-Asia Dialogue“-Projekts konnten u. a. Redner des ASEAN-Sekretariats und des Europäischen Auswärtigen Dienstes gewonnen werden.

Die Veranstaltung zeigte, dass die Minderung irregulärer Migration und die Bekämpfung des Menschenhandels verstärkter Kooperation bedürfen – sowohl zwischen Staaten als auch zwischen verschiedenen Exekutivorganen, Polizeieinheiten und der Judikative. Insbesondere der Austausch von Informationen und gemeinsame Ausbildungsprogramme, auch über Staatsgrenzen hinweg, müssen verbessert werden. Auch wurden Ansätze für den besseren Schutz der Opfer besprochen.

DIE ROLLE DER GESTALTUNGSMÄCHTE



In Lateinamerika gibt es seit Langem eine breite Diskussion darüber, welche Länder Führungspositionen in der Region einnehmen können und welche Rolle sie auf der internationalen Bühne spielen. Mexiko ist dabei neben Brasilien zentraler Akteur im Kräftemessen um Gestaltungsmacht. Aufgrund der aktuellen Debatte

und der internationalen Bedeutung des Themas veranstaltete die KAS-Mexiko in Zusammenarbeit mit dem Humboldt-Lehrstuhl des Colegio de México am 12. und 13. Mai eine Konferenz zum Thema „Konstruktion einer neuen Weltordnung von Lateinamerika aus – Die Rolle der Gestaltungsmächte“. Unter den zahlreichen lateinamerikanischen und europäischen Vertretern aus Wirtschaft und Politik waren u. a. auch die ehemalige Außenministerin sowie der derzeitige Vizeaußenminister Chiles. Dr. Stefan Mair vom Bundesverband der Deutschen Industrie gab zusammen mit dem Präsidenten des mexikanischen Unternehmerverbands COPARMEX, Juan Pablo Castañón, einen Einblick in globale Wertschöpfungsketten und das wirtschaftliche Gewicht der Gestaltungsmächte auf dem internationalen Markt.



v.l.n.r. Dr. Stefan Jost (KAS Mexiko), Carlos Heredia Zubieta (CIDE), Gabriela Cuevas (Senatorin, PAN), Vanessa Rubio (Vizeministerin Mexikos für Lateinamerika), Edgardo Riveros (Vizeaußenminister Chiles), Soledad Alvear (ehem. Außenministerin Chiles), Edmundo González (ehem. Botschafter und Vertreter der Gruppe Ávila)



v.l.: Paul Linnarz (Leiter des Regionalprogramms Soziale Ordnungspolitik in Asien (SOPAS) und des KAS-Auslandsbüros in Japan), Dr. Peter Roell (ISPSW, Berlin), Michael F. Gaul (NATO) und Lutz Feldt (Marine-Inspekteur a. D.)

POLITISCHER DIALOG ■

NATO-EU-JAPAN-DIALOG ÜBER MARITIME SICHERHEIT

Für das diesjährige „KAS Japan Forum“ über Fragen zur maritimen Sicherheit gaben die Ergebnisse der Europareise des japanischen Premierministers Shinzo Abe die Richtung vor. Auf dieser hatte Abe in mehreren Treffen eine engere Kooperation mit Deutschland, der EU und der NATO in sicherheitspolitischen Fragen angeregt. In Zusammenarbeit mit der Tokyo Foundation und den dafür zuständigen japanischen Regierungsstellen und Think Tanks nahmen Ende Mai an der zweitägigen Veranstaltung neben Sicherheitsexperten aus Deutschland diesmal auch Vertreter der NATO teil, um für die künftige Zusammenarbeit die Weichen zu stellen.

MALAYSIAN EDUCATIONAL SUMMIT

Bereits zum dritten Mal beteiligte sich die KAS am jährlichen Malaysian Educational Summit, der vom Asian Strategy & Leadership Institute (ASLI) in Zusammenarbeit mit Bildungsexperten und der malaysischen Regierung organisiert wird. Zur Eröffnung des 18. Educational Summits vom 15. bis 16. Mai in Kuala Lumpur überreichte der malaysische Bildungsminister Dato' Seri Idris bin Jusoh (2. v.l.) eine Plakette als Dank für die Unterstützung durch die Konrad-Adenauer-Stiftung an den KAS-Vertreter Jan Senkyr (Bildmitte). Der Malaysian Educational Summit ist das wichtigste bildungspolitische Forum in Malaysia und befasste sich in diesem Jahr ausführlich mit der neuen Blaupause der Regierung für eine Reform des Bildungswesens in den Jahren 2013 bis 2015.



+ + + KURZMELDUNGEN + + +

Parteipolitischer Dialog in Mexiko

Im Juni förderte das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Honduras den Besuch einer Delegation der Nationalen Partei aus Honduras unter Leitung der Parteivorsitzenden Gladys Aurora (links im Bild) in Mexiko. Ziel der Reise war der strategische Austausch mit anderen christdemokratischen Parteien.



Für mehr Christdemokratie im costa-ricanischen Parlament

Die KAS unterstützt christdemokratische Parteien in Costa Rica mit Workshops in ihrer Strategieentwicklung. Besondere Bedeutung kommt dabei der Partido Unidad Social Cristiana (PUSC) und ihrem Präsidentschaftskandidaten Dr. Rodolfo Piza Rocafort zu.



Mit einem guten Wahlergebnis eröffnete der ehemalige Präsidentschaftskandidat Dr. Rodolfo Piza Rocafort Costa Ricas Christdemokraten neue Perspektiven.



DEUTSCH-BRITISCHER PARLAMENTERDIALOG

Zum jährlichen Deutsch-Britischen Parlamentarierdialog trafen sich vom 21. bis 24. März Abgeordnete und Experten aus Deutschland und Großbritannien in Cadenabbia. Schwerpunktthemen waren die Europawahlen, die Krise in der Ukraine und die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien im Allgemeinen sowie speziell der Konservativen Partei und der CDU.

■ EUROPAPOLITIK

EUROPA – NEIN, DANKE?

Im Vorfeld der Europawahlen 2014 organisierte das Auslandsbüro der KAS in Athen zusammen mit der Panteion-Universität eine Podiumsdiskussion zum Thema „Europa – Nein, Danke?“. Unter Teilnahme der griechischen Europaparlamentarierin Marietta Giannakou MdEP, von Nico Lange, stv. Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung der KAS, Magali Balent Brisemeur, Projektdirektorin der Fondation Robert

Die vorliegende Studie beleuchtet die gegenwärtige Situation der europäischen Rechtspopulisten und arbeitet wesentliche Merkmale, Mobilisierungsthemen und -strategien sowie die Entstehungsbedingungen rechtspopulistischer Parteien heraus.



Schuman aus Paris, sowie Professor Harris Papasotiriou von der Panteion-Universität wurden die aktuellen Entwicklungen in der europäischen Parteienlandschaft analysiert. Rechts- und linkspopulistische Tendenzen wurden kontrovers diskutiert. Einig waren sich die Experten, dass die Instrumentalisierung europaskeptischer Positionen an beiden Enden des politischen Spektrums das europäische Einigungswerk vor eine große Herausforderung stellt. Rund 100 Gäste, vor allem Studierende und Fachleute, waren der Einladung zur Diskussion gefolgt und ergriffen nach dem Panel rege die Möglichkeit, Fragen und Kommentare unter der Moderation von Dimitris Keridis, Professor für Internationale Politik an der Panteion-Universität, in die Runde zu geben.

Teilnehmer der Podiumsdiskussion „Europa – Nein, Danke?“ in Athen



WELCHE EU-INTEGRATION NACH DER EUROPAWAHL 2014?



Teilnehmer des europapolitischen Fachgesprächs in Cadenabbia

Es sind bewegte Zeiten für Europa. Einige Wochen nach der Europawahl ist noch unklar, was das Ergebnis für Folgen auf die Europapolitik haben wird und welches Spitzenpersonal den zukünftigen Kurs gestalten wird. Zudem hält die Ukraine-Krise Europa weiter in Atem. Vom 9. bis 11. Juni lud die Konrad-Adenauer-Stiftung daher zu einem Workshop zum Thema „Welche EU-Integration nach der Europawahl?“ ein.

An der Veranstaltung in Cadenabbia nahmen ausgewählte Europaexperten aus dem Bundestag, dem Europäischen Parlament, verschiedenen Bundesministerien, Stiftungen, Forschungseinrichtungen, Medien und Verbänden teil. Der Schwerpunkt des Austauschs lag zuerst bei der Analyse der Europawahl, dann bei dem Ausblick auf die Arbeit der neuen EU-Kommission, gefolgt von haushalts-, finanz- und wirtschaftspolitischen Fragestellungen, dem Verhältnis der Bürger zu Europa und schließlich der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik im Kontext der Ukraine-Krise.

Zum Leitmotiv der Veranstaltung entwickelte sich die fundamentale Frage, wie die unterschiedlichen Präferenzen der einzelnen Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Zukunft der EU in einen gemeinsamen Rahmen gefasst werden können, der einerseits den Ländern den nötigen Spielraum lässt, ihre individuellen Präferenzen zu verfolgen, der andererseits aber die Stabilität der EU als Ganzes und insbesondere der Währungsunion sicherstellt.



+++ KURZMELDUNG +++

EU-Briefing in London

Unmittelbar nach der Wahl zum Europäischen Parlament analysierten Experten im Rahmen der KAS-Diskussionsreihe „EU-Briefing“ mit dem European Movement die Ergebnisse und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Europapolitik sowie die Zusammensetzung der europäischen Institutionen. Als Referenten nahmen teil: Malcolm Harbour, MdEP (Brit. Conservatives), Peter Kellner (Vorsitzender des britischen Meinungsforschungsinstitutes YouGov), Bjorn Kjellstrom (Leiter des Londoner Büros des Europäischen Parlaments) sowie Prof. Fabian Zuleeg (European Policy Centre).



EUROPAPOLITIK ■

v.l.n.r.: Thomas B. Stehling (Leiter des KAS-Büros Madrid), Elvira Rodríguez (Präsidentin der Comisión Nacional del Mercado de Valores), Carlos Romero (Kanzler der Universidad CEU San Pablo), Eduardo Olier (Präsident des Instituto Choiseul Spanien), Prof. Nils Goldschmidt (Universität Siegen)

SCHLÜSSELFRAGEN ZUR SPANISCHEN WIRTSCHAFT

Das Interesse am deutschen Modell einer „Sozialen Marktwirtschaft“ ist in Spanien groß – das Land steht vor einer Neuausrichtung seiner Wirtschafts- und Finanzpolitik. Dazu stellte das KAS-Büro Madrid eine gemeinsame Publikation mit dem Instituto Choiseul zum Thema: „Schlüssel Fragen zur spanischen Wirtschaft – Herausforderungen und Chancen“ vor. Zu den Autoren gehören EU-Kommissar Günther H. Oettinger, der das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft und seine Bedeutung für die spanischen und europäischen Reformanstrengungen darstellt, der spanische Außenminister José Manuel García-Margallo, der Präsident des spanischen Arbeitgeberverbandes, Joan Rosell, und Elvira Rodríguez, Vorsitzende der nationalen Wertpapierkommission.

Der Leiter des KAS-Büros in Madrid, Thomas B. Stehling, verwies im Rahmen der Buchpräsentation darauf, dass die Eurokrise ihren Wendepunkt erreicht habe. Zugleich sei aber offenkundig, dass weder die Bankenkrise noch die Probleme, die sich aus der extremen Verschuldung vieler Staaten ergeben, endgültig überwunden seien. Es komme jetzt darauf an, nicht allein „die notwendigen Reparaturen an unserem gemeinsamen Haus Europa fortzusetzen, sondern auch über seine Architektur und Statik mit allen Bewohnern zu sprechen“. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wolle zu dieser Debatte über die Leitlinien, Grundlagen und Strukturen einer gemeinsamen Wirtschaftsordnung beitragen.



„Schlüssel Fragen zur spanischen Wirtschaft – Herausforderungen und Chancen“ – eine gemeinsame Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituto Choiseul

+++ KURZMELDUNG +++

Europatag in Athen: Sketching the Future

Das KAS-Auslandsbüro Athen lud anlässlich des Europatags am 9. Mai 2014 rund 25 griechische Studierende ein, im Rahmen von Themenworkshops und anschließenden Gruppenpräsentationen die Europäische Union in ihrem Alltag zu entdecken.



JOHANNES PAUL II. ALS „BAUHERR“ DER EUROPÄISCHEN EINHEIT

Mit der Bedeutung des verstorbenen Papstes aus Polen für die Vermittlung europäischer Werte sowie dem geistigen Fundament der europäischen Einigung beschäftigten sich Politiker, Kirchenvertreter und weitere Fachleute aus ganz Europa auf einer Konferenz in Warschau.

Die Tagung begann mit der Verlesung eines Grußwortes von Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl und einem Impulsreferat von Dr. Hans-Gert Pötering, dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung und ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlamentes, der sich zu den Existenzfragen europäischer Politik äußerte. Neben der Bedeutung des Christentums für Europa und der Europaidee von Papst Johannes Paul II. wurde auch das Menschenbild Karol Wojtylas thematisiert, das sich in den im Herbst 1978 zu Beginn seines Pontifikats gesagten Worten zusammenfassen lässt: „Habt keine Angst!“



Dr. Hans-Gert Pötering, Präsident des Europäischen Parlaments a.D. und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, spricht in Warschau über Existenzfragen der europäischen Politik.

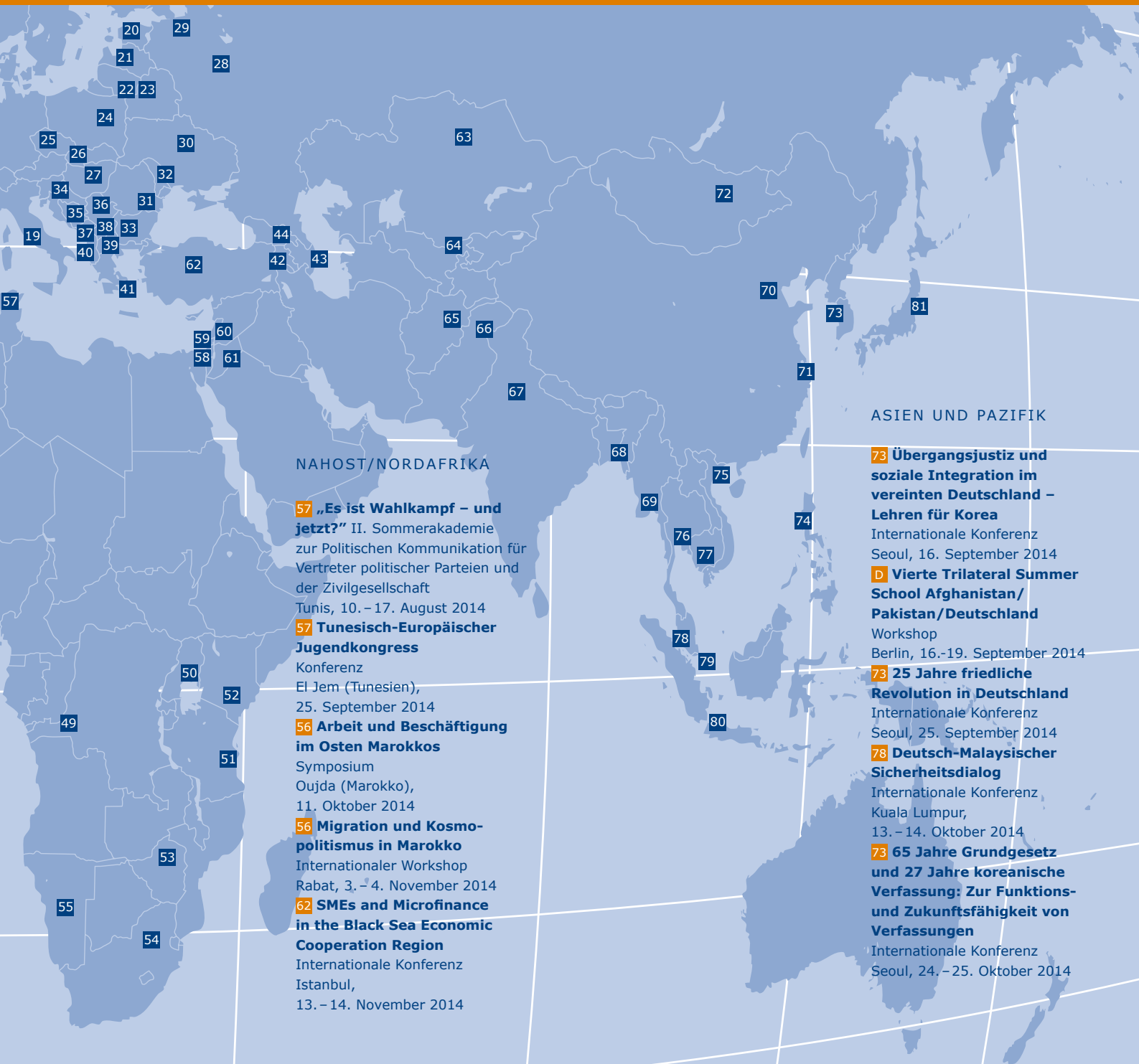
Ausgewählte Veranstaltungen

(Die Zahlen im Quadrat ■ bezeichnen das verantwortliche Auslandsbüro, D eine Veranstaltung in Deutschland)

■ KAS-PANORAMA



AUSLANDS- UND VERBINDUNGSBÜROS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG | **LATEINAMERIKA** 1 Mexiko, Mexiko-Stadt 2 Guatemala, Guatemala-Stadt (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigene Völker Lateinamerika) 7 Ecuador, Quito 8 Peru, Lima 9 Bolivien, La Paz (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigene Völker Lateinamerika) 12 Uruguay, Montevideo (Auslandsbüro und Regionalprogramm Parteienförderung und Demokratie) 13 Argentinien, Buenos Aires | **EUROPA UND NORDAMERIKA** 20 Estland, Tallinn 21 Lettland, Riga 22 Litauen, Vilnius 23 Weißrussland, Bürositz: Vilnius 24 Polen, Warschau 25 Tschechische Republik, Prag 26 Slowakei, Bratislava (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) 32 Republik Moldau, Chişinău 33 Bulgarien, Sofia (Auslandsbüro und Regionalprogramm Südosteuropa) 40 Albanien, Tirana 41 Griechenland, Athen 42 Armenien, Eriwan 43 Aserbaidschan, Baku 44 Georgien, Tiflis (Auslandsbüro und Regionalprogramm Südosteuropa) 48 Nigeria, Abuja 49 DR Kongo, Kinshasa 50 Uganda, Kampala 51 Tansania, Dar es Salaam 52 Kenia, Nairobi (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Afrika) | **NAHOST/NORDAFRIKA** 56 Marokko, Rabat 57 Tunesien, Tunis 58 Israel, Jerusalem 59 Palästinensische Gebiete, Ramallah 60 Libanon, Beirut 62 Türkei, Ankara | **ASIEN UND PAZIFIK** 63 Kasachstan, Astana 64 Usbekistan, Taschkent (Auslandsbüro und Regionalprogramm Zentralasien) 65 Afghanistan, Kabul 70 VR China, Peking und Shanghai 72 Mongolei, Ulan Bator 73 Republik Korea, Seoul 74 Philippinen, Manila 75 Vietnam, Hanoi 76 Thailand, Bangkok 77 Indonesien, Jakarta 81 Japan, Tokio (Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Asien und Auslandsbüro)



amerika, Guatemala-Stadt 3 Honduras, Tegucigalpa 4 Costa Rica, San José 5 Venezuela, Caracas 6 Kolumbien, Bogotá (Auslandsbüro und regionales Programm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika) 10 Chile, Santiago de Chile 11 Brasilien, Rio de Janeiro (Auslandsbüro und Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika) 14 USA, Washington 15 Großbritannien, London 16 Belgien, Brüssel (Europabüro) 17 Frankreich, Paris 18 Spanien, Madrid 19 Italien, Rom 20 Mexiko, Mexiko-Stadt 21 Guatemala, Guatemala-Stadt 22 Honduras, Tegucigalpa 23 Costa Rica, San José 24 Venezuela, Caracas 25 Kolumbien, Bogotá (Auslandsbüro und regionales Programm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika) 26 Brasilien, Rio de Janeiro (Auslandsbüro und Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika) 27 Chile, Santiago de Chile 28 Brasilien, Rio de Janeiro (Auslandsbüro und Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika) 29 Brasilien, Rio de Janeiro (Auslandsbüro und Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika) 30 Ukraine, Kiew 31 Rumänien, Bukarest 32 Brasilien, Rio de Janeiro (Auslandsbüro und Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika) 33 Brasilien, Rio de Janeiro (Auslandsbüro und Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika) 34 Kroatien, Zagreb 35 Bosnien und Herzegowina, Sarajevo 36 Serbien, Belgrad 37 Montenegro, Podgorica 38 Kosovo, Pristina 39 Republik Albanien, Tirana 40 Georgien, Tiflis 41 Armenien, Jerewan 42 Aserbaidschan, Baku 43 Türkei, Ankara 44 Türkei, Ankara 45 Senegal/Mali, Dakar 46 Ghana, Accra 47 Benin, Cotonou (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 48 Nigeria, Abuja (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 49 Nigeria, Abuja (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 50 Nigeria, Abuja (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 51 Nigeria, Abuja (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 52 Nigeria, Abuja (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 53 Simbabwe, Harare 54 Republik Südafrika, Johannesburg (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) 55 Namibia/Angola, Windhoek (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Naher Osten/Nordafrika) 56 Jordanien, Amman (Auslandsbüro und Regionalprogramm Golf-Staaten) 57 Afghanistan, Kabul 58 Pakistan, Islamabad 59 Indien, Neu Delhi (Auslandsbüro und Regionalprojekt SAARC) 60 Bangladesch, Dhaka 61 Myanmar, Yangon 62 Kambodscha, Phnom Penh 63 Malaysia, Kuala Lumpur 64 Singapur (3 Regionalprogramme: Politik, Medien und Rechtsstaat) 65 Indonesien/Ost-Timor,

■ UMWELT-, KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK



URBAN CAMPUS CHENGDU 2014

Mit dem Projekt „Urban Campus Chengdu 2014“ fördert die KAS in Shanghai kreative Projektideen zum Thema Urbanisierung in Chengdu, die Konzepte für eine nachhaltige Gestaltung des städtischen Raums vermitteln sollen. Die Projektteilnehmer, Studenten der Sichuan University Chengdu und Vertreter von lokalen Nicht-regierungsorganisationen, entwickelten in zwei mehrtägigen Workshops Ideen und Geschäftsmodelle zur nachhaltigen Entwicklung in Chengdu.

Unterstützt wurden die Projekte vom Shanghaier Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Shanghaier Beratungsfirma von Constellations International. In den Workshops ging es vor allem darum, Techniken der Projektplanung und Kommunikationsstrategie zu

vermitteln, um den Teilnehmern ein methodisches Grundgerüst zur erfolgreichen Umsetzung ihrer Projekte zu vermitteln. Die vier Projekte bestehen aus dem Sustainable Citizens Hub, das Personen zum nachhaltigen Denken und aktiven Handeln im städtischen Raum anregen soll; SustainableCampus, bei dem ein ‚Eco-Café‘ als Veranstaltungsplattform für Nachhaltigkeits-Themen auf dem Campus der Sichuan-Universität eingerichtet werden soll; Green pockets, das ein funktionierendes Netzwerk zwischen ländlichen Anbietern von Bioprodukten und städtischen Konsumenten in Chengdu aufbauen möchte, sowie dem Projekt Happy Recycling, das ein stärkeres Bewusstsein für das Thema Müll und Ressourcenmanagement auf dem Campus der Sichuan-Universität schaffen soll.

DAS BILLIGE WIRD TEUER

VENEZOLANISCHE BENZINPREISPOLITIK IM FOKUS

Die Katholische Universität Andrés Bello und der Arbeitskreis von Umweltexperten Grupo Orinoco veranstalteten mit Unterstützung der KAS Ende Mai eine Konferenz über die Benzinpreispolitik Venezuelas. Anlass für die Veranstaltung bilden die staatlich festgesetzten Kraftstoffpreise, die gleichermaßen negative Konsequenzen für die Umwelt und die Volkswirtschaft haben können.



Mittlerweile produziert der staatliche Erdölkonzern PDVSA nicht genügend Benzin, um den heimischen Markt gänzlich zu versorgen. Die Preispolitik führt dazu, dass keine Anreize bestehen, die Fahrzeugflotte zu modernisieren, Sprit sparend zu fahren oder unnötige Wege zu vermeiden. Alternative Verkehrskonzepte sind chancenlos, allerdings werden zusätzliche Staus produziert. Zudem ist die Preisregulierung der sozialistischen Regierung höchst unsozial, da die meisten Bürger über kein Auto verfügen und den relativ teuren öffentlichen Nahverkehr nutzen müssen. Schätzungen der Experten zur Folge werden täglich rund 77.000 Fass Benzin in die Anrainerländer oder über die Karibik geschmuggelt. Die Benzinpreispolitik kommt den Staat teuer zu stehen: die Experten errechneten einen jährlichen Verlust von rund sieben Prozent des Bruttoinlandprodukts.

Nirgendwo wird so billig getankt wie in Venezuela. Ein Liter Super Benzin kostet umgerechnet 0,01 Euro.



KAS-EUCERS ENERGY TALKS

Am 10. März und am 30. April fanden die ersten beiden Workshops der diesjährigen KAS-EUCERS Energy Talks am Kings College in London statt. Unter der Leitung von Prof. Friedbert Pflüger diskutierten renommierte Experten zum einen das Schwerpunktthema „Türkei und Gasvorkommen im Mittelmeer“ und zum anderen die im Kontext der Ukraine-Krise hochaktuelle Frage, inwieweit der Schiefergas-Boom in den USA eine Alternative darstellt, die geopolitische Auswirkungen haben könnte.



Das Operationszentrum
der Stadt Rio de Janeiro

UMWELT-, KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK ■

RESILIENTE STÄDTE

RIO DE JANEIRO AUF DEM WEG ZU EINEM NACHHALTIGEN STADTMODELL



V.l.n.r. Dr. Hartmut Kahl (Stiftung Umweltenergie-recht), Dr. Helmut Reifeld (KAS-Büro-leiter Marokko), Dr. El Habib Eddaqqaq (Dekan der FSJES), Zakaria Abouddahab (Vize-Dekan und Professor an der FSJES)

Städte nehmen bei der Anpassung an den Klimawandel eine immer wichtigere Rolle ein. Insbesondere Urbanisierungsprozesse in Schwellen- und Entwicklungsländern stehen dabei im Mittelpunkt.

Zusammen mit der Stadtverwaltung Rio de Janeiros organisierte die KAS am 2. Juni 2014 den ersten Workshop zu diesem Thema. Veranstaltungsort war das Operationszentrum (Centro de Operações/ COR), welches insgesamt 30 Organe der Stadt beherbergt.

Wasser- oder Gasversorger, die Verkehrsagentur oder auch die Feuerwehr koordinieren vom COR aus sowohl Einsätze im Alltag der Stadt als auch in Krisensituationen. Die Integration der Akteure ermöglicht schnelle Reaktionszeiten und einen hohen Grad an Abstimmung. Zusätzlich entwickelt das COR momentan Strukturen, um sich von der bloßen Reaktion zur Antizipation von Krisen, wie etwa starken Regenfällen, zu entwickeln. Das Zentrum ist damit selbst ein Beispiel für Mechanismen zur Steigerung der Resilienz in urbanen Räumen.

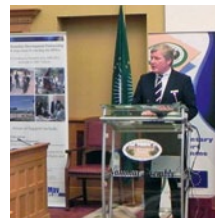


UMWELTRECHT IN MAROKKO, DEUTSCHLAND UND DER EUROPÄISCHEN UNION

Umweltrecht spielt eine entscheidende Rolle bei einer klimafreundlichen Ausrichtung der Energieversorgung. Um deutsche und marokkanische Erfahrungen zu vergleichen und zukünftigen Handlungsbedarf zu identifizieren, organisierte die KAS am 5. Mai 2014 gemeinsam mit der Fakultät für Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Rabat-Agdal eine Fachkonferenz zum Thema „Umweltrecht in Marokko, Deutschland und der Europäischen Union“. Von der deutschen und europäischen Erfahrung berichtete dabei Dr. Hartmut Kahl von der Stiftung „Umweltenergie-recht“. Ihm zufolge seien sowohl auf EU- als auch auf Bundesebene zahlreiche Richtlinien und Gesetze verabschiedet worden, die einerseits Umweltverschmutzung verhinderten (Feinstaubrichtlinie), andererseits Energieverschwendung bekämpften (Verbot von Glühbirnen). Dennoch steht die deutsche bzw. europäische Klimapolitik großen Herausforderungen gegenüber, die gemeistert werden müssen. Anschließend diskutierten die marokkanischen Teilnehmer über die Aspekte der neuen Umweltcharta, die europäisch-marokkanische Rechtsangleichung sowie die verschiedenen Maßnahmen des Umweltschutzes und die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft.

GEMEINSAMER KONGRESS IN WINDHOEK

Am 14. und 15. April 2014 war das namibische Parlament in Windhoek nicht durch leidenschaftliche Debatten zwischen Regierungsmehrheit und Opposition geprägt, sondern Ort einer öffentlichen Erörterung zu allen Fragen rund um Erneuerbare Energien und deren Zukunft in Namibia. Die Konrad-Adenauer-Stiftung, das namibische Parlament, und US-AID hatten zu einem landesweit beachteten Kongress zu diesem Thema eingeladen. Im Mittelpunkt der Konferenz standen die Fragen: Welche strategische Rolle können Erneuerbare Energien in einem künftigen Energie-Mix Namibias einnehmen? Was bedeutet dies für die Energieversorgungssicherheit Namibias? Welche Chancen bieten Erneuerbare Energien, um die Folgen des weltweiten Klimawandels zu bewältigen?



Dr. Bernd Althusmann,
Leiter des KAS-
Auslandsbüros für
Namibia und Angola

Die Staaten im südlichen Afrika und besonders Namibia als arides Land werden von den Folgen des weltweiten Klimawandels in hohem Maße betroffen sein. Vor diesem Hintergrund war die Auseinandersetzung mit diesen Themen von nationaler Bedeutung. Neben Ministern und Abgeordneten aus Namibia nahmen Energieexperten aus Namibia und Südafrika, Vertreter des nationalen Energiekonzerns NAMPOWER und zahlreiche Kommunalpolitiker aus allen Teilen des Landes teil. Das namibische Parlament wird demnächst die Ergebnisse dieser Konferenz beraten und damit vermutlich eine „Zeitenwende“ in Fragen künftiger Energieversorgung für Namibia einleiten.



VERFASSUNGSRICHTER UNTER SICH

XX. LATEINAMERIKANISCHES VERFASSUNGSRICHTERTREFFEN IN BUENOS AIRES

In den wirtschafts- und sozialpolitisch bewegten Zeiten des Kontinents ist und bleibt die Verfassungsgerichtsbarkeit ein zentraler Akteur in der Wahrung und Gestaltung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaats. Deshalb versammelte das Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit dem Obersten Gericht Argentiniens Präsidenten und Richter von 15 Verfassungsgerichten der Region sowie des deutschen Bundesverfassungsgerichts und des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte (IAGMR) vom 16. bis 18. Juni in Buenos Aires, um aktuelle rechtspolitische Fragen der Region zu erörtern. In geschlossener Runde diskutierten die teilnehmenden Richter und Experten unter

anderem Fragen einer wirtschaftlich, gesellschaftlich und ökologisch nachhaltigen Entwicklung, das Verhältnis zwischen der nationalen Verfassungsgerichtsbarkeit und dem IAGMR, unterschiedliche Konstellationen der Vergangenheitsaufarbeitung, die Bedeutung und Reichweite der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte auf dem Kontinent, das Phänomen sozialer Proteste, die Wirksamkeit pluralistischer Verfassungsrahmen und praktische Aspekte der Unabhängigkeit der Justiz. Das Rechtsstaatsprogramm arbeitet seit vielen Jahren im Rahmen von Dialogveranstaltungen, Fortbildungen und Publikationen eng und vertrauensvoll mit der Mehrzahl der Verfassungsgerichte des Kontinents und dem IAGMR zusammen.

Eröffnung des XX. Lateinamerikanischen Verfassungsrichtertreffens am Obersten Gerichtshof Argentiniens, v.l.n.r.: Richter Herbert Landau (BVerfG), Vizepräsidentin Elena Highton, Präsident Ricardo Lorenzetti, Richter Juan Carlos Maqueda (alle OG Argentinien) sowie Christian Steiner (Leiter des KAS-Rechtsstaatsprogramms Lateinamerika)

ÜBERREGIONAL TÄTIGE GERICHTSHÖFE VON GROSSER BEDEUTUNG IN AFRIKA



Seit seiner Errichtung im Jahre 2001 spielt der East African Court of Justice (EACJ) eine zunehmend bedeutende Rolle im Prozess der ostafrikanischen Integration. Anlässlich eines Treffens des KAS-Rechtsstaatsprogramms Afrika Südlich der Sahara mit dem Präsidenten des EACJ sowie dessen Registrar in Arusha (Tansania) wurde einmal mehr die Wichtigkeit der Arbeit von Gerichtshöfen mit länderübergreifender Zuständigkeit deutlich.

Zuständig für die Mitgliedsländer der Ostafrikanischen Gemeinschaft (Burundi, Kenia, Ruanda, Tansania und Uganda) hat der Gerichtshof eine Vielzahl von weitreichenden Entscheidungen getroffen. Diese betrafen sowohl Fälle der wirtschaftlichen Zusammenarbeit als auch der Menschenrechte, des Demokratisierungsprozesses und nicht zuletzt der guten Regierungsführung. Dabei musste sich der EACJ mehr als einmal als unabhängige Instanz behaupten. Versuche politischer Einflussnahme bis hin zu öffentlicher Infragestellung haben den Gerichtshof in seiner Arbeit jedoch nicht stoppen können. Gleichzeitig stärkte dieser seine Legi-



timisation mit Hilfe von Workshops auch der Konrad-Adenauer-Stiftung für nationale Richterinnen und Richter, regional tätige Politikerinnen und Politiker sowie Organisationen der Zivilgesellschaft. Heute genießt der Gerichtshof hohe und internationale Anerkennung. Seine erfolgreiche Arbeit dient dem Rechtsstaatsprogramm als Vorbild zur Unterstützung und Stärkung überregional tätiger Institutionen.

v.l.n.r.: Dr. Arne Wulff (Leiter des KAS-Rechtsstaatsprogramms Afrika Südlich der Sahara), Richter Harold Nsekela, EACJ-Präsident Prof. John Ruhangisa, Peter Wendoh (Programmbeauftragter RSP Afrika Südlich der Sahara)



Den „VIII. Strategieworkshop Rechtsstaat“ im Mai in Berlin nutzen die Leiter der Rechtsstaatsprogramme Afrika Südlich der Sahara, Südosteuropa, Asien, Lateinamerika und Naher Osten/Nordafrika (v.l. Dr. Arne Wulff, Thorsten Geissler, Marc Spitzkatz, Dr. Christian Steiner, Stellv. GS Dr. Gerhard Wahlers, Koordinator Rechtsstaat Peter Girke, Peter Rimmele), um die strategische Ausrichtung der Rechtsstaatsprogramme weiterzuentwickeln.

RECHTSSTAAT ■

MODERNE KOMMUNIKATION VOR HISTORISCHER KULISSE:

NEU BESETZTER WAHLGERICHTSHOF KOOPERIERT MIT KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Dr. Rudy Marlon Pineda Ramírez, Präsident des Wahlgerichtshofs (Bildmitte), und Plenum der Wahlrichter im Gespräch mit dem Kommunikationsexperten Jorge Dell Oro und Vertreterinnen der Konrad-Adenauer-Stiftung



Der im März 2014 neu besetzte Wahlgerichtshof in Guatemala steht in seiner sechsjährigen Amtszeit vor großen Herausforderungen: Organisation von zwei Wahlprozessen – zunächst die Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen im September 2015 und mindestens einem Referendum. Schon

jetzt zeichnet sich ein Wahlkampf ab, in dem die zahlreichen Parteien mit harten Bandagen kämpfen werden. Die neuen Wahlrichter führen die bewährte Kooperation des Gerichts mit der Konrad-Adenauer-Stiftung

fort und nahmen im April, zu Beginn ihres Mandats, mit Interesse an Beratungsmaßnahmen zu strategischer Kommunikation im historischen Sitzungssaal des Wahlgerichts teil.

Die Öffentlichkeit verfolgt mit besonderer Aufmerksamkeit den Umgang des Wahlgerichts mit der so genannten vorgezogenen Wahlkampagne. Verschiedene Parteien überziehen bereits seit Monaten das Land mit Anzeigen, Plakatierungen und Fernsehspots. Im Mai positionierte sich das Wahlgericht mit einer klaren Aussage zum Verbot dieser frühzeitigen Wahlwerbung und stieß damit auf viel Zuspruch in der Bevölkerung.

WO SICH BÜRGER UND RECHTSSTAAT DIE HAND GEBEN



Gemeinsam für die Stärkung des Rechtsstaats in Indonesien: Menschenrechtsexperten, Mitarbeiter des Innenministeriums und die KAS-Indonesien Ende März in Bogor

Auch 15 Jahre nach dem Beginn der Demokratisierung ist die Durchsetzung des Rechtsstaatsprinzips in Indonesien weiterhin von großer Bedeutung für die Zukunft des Landes. Ende März 2014 hat deshalb in Zusammenarbeit mit dem indonesischen Innenministerium KEMDAGRI, das seit Kurzem neuer Regierungspartner der KAS in Indonesien ist, ein erster Strategieworkshop zur Konzeption eines gemeinsamen Projekts stattgefunden. Im Mittelpunkt der voraussichtlich mehrjährigen Projektreihe stehen die unmittelbaren Berührungspunkte des Bürgers mit dem indonesischen Rechtsstaat: ausgewählte Ordnungshüter und Gesetzesvollstrecker auf lokaler Ebene in bestimmten indonesischen Provinzen werden Schulungen zur adäquaten Durchführung ihrer Aufgaben wie beispielsweise die Umsetzung gesetzlicher Bestimmungen bei gleichzeitiger Einhaltung der Menschenrechte sowie Techniken und Methoden der Konfliktprävention und -lösung erhalten. Ziel ist es, die Rolle der lokalen Ordnungshüter und Gesetzesvollstrecker bei der öffentlichen Akzeptanz und Durchsetzung des Rechtsstaatsprinzips in Indonesien zu stärken.

DEUTSCHE SEKTION DER ICJ BESUCHT TUNESIEN



Die deutsche Sektion der Internationalen Juristen-Kommission (ICJ) unter Leitung von Bundesverfassungsrichter Prof. Eichberger nahm im April an einer Diskussionsveranstaltung in Tunis teil, die die KAS zusammen mit der Forschungsgruppe für Völkerrecht, Internationale Rechtsprechung und vergleichendes Verfassungsrecht der Universität Tunis zum Thema

„Demokratischer Übergangsprozess in Tunesien“ organisiert hatte. Die Veranstaltung bot den Mitgliedern der ICJ die Gelegenheit, einen Einblick in die vor Kurzem verabschiedete tunesische Verfassung und damit verbundene aktuelle Herausforderungen zu erhalten. Besonders intensiv wurden dabei Themen der Religions- und Gewissensfreiheit, der Unabhängigkeit der Justiz und der Gleichstellung von Mann und Frau diskutiert. Anlässlich ihres Besuchs wurde die Delegation auf Vermittlung der KAS vom tunesischen Staatspräsidenten Marzouki empfangen.



Prof. Rafaa Ben Achour (r., links daneben Bundesverfassungsrichter Prof. Michael Eichberger) erläutert zu Beginn des Diskussionen die entscheidenden Etappen des Verfassungsgebungsprozesses.

■ WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG



Wissenschaftler aus Chile, Peru, Kolumbien, Mexiko und Deutschland diskutierten die politischen Hürden und ökonomischen Potenziale der Pazifikallianz.

INTEGRATIONSBEMÜHUNGEN IN LATEINAMERIKA

Chile, Peru, Kolumbien und Mexiko verhandeln gemeinsam über Handelsliberalisierungen, die den gegenseitigen Waren- und Dienstleistungsaustausch befördern und das Wohlstandsniveau heben sollen. Die engere Zusammenarbeit zwischen diesen Staaten und die Potenziale dieses Zusammenschlusses standen im Mittelpunkt eines Workshops des Regionalprojekts SOPLA in Santiago de Chile vom 2. bis 3. Juni 2014.

Mit Blick auf die lange Geschichte der gescheiterten oder stagnierenden Integrationsbemühungen in Lateinamerika und in Kenntnis der politischen Schwierigkeiten und volkswirtschaftlichen Strukturen der Länder

waren die Experten aus allen Ländern der Pazifikallianz nur verhalten optimistisch. Zwar seien die Erwartungen an diesen Regionalverbund groß, aber das Potenzial einer engeren Zusammenarbeit auf die Einkommen der Staaten sollte nicht überschätzt werden. Durch die Vertiefung wirtschaftlicher Verbindungen nach Asien oder Europa hätten die einzelnen Staaten weitaus mehr zu gewinnen. Für eine bessere Zusammenarbeit untereinander bedürfe es zudem hoher Investitionen in handelsbezogene Infrastrukturen und einen langfristigen politischen Willen auch bei wechselnden politischen Mehrheiten. Das Arbeitstreffen bildete den Auftakt zu einer vertieften Auseinandersetzung mit der Thematik.

KAS-CES „WORKSHOP AND DINNER DEBATE“ IN LONDON

Im Rahmen der jährlichen Kooperation zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung in London und dem Wilfried Martens Centre for European Studies fand am 8. und 9. April 2014 ein Expertenworkshop in London statt, der sich mit den Wirtschaftsaussichten in der EU bis

2019 befasste. Wirtschafts- und Finanzfachleute aus Großbritannien, Deutschland und Brüssel diskutierten über Wettbewerbsfähigkeit, Geld- und Fiskalpolitik, den Stand von Bankenunion und Bankenaufsicht sowie die weitere politische Entwicklung der EU.



Ergänzt wurde der Workshop durch die so genannte London Dinner Debate, bei der der CDU-Spitzenkandidat für die Europawahlen, David McAllister (Foto), mit Quentin Peel (Financial Times) und den zahlreich erschienenen Gästen der KAS über die Wahlen diskutierte.



ŠTĚŘÍNĚR GESPRÄCHE

Bereits zum 16. Mal luden die KAS in Prag und die Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer am 6. März 2014 Parlamentarier, Journalisten und Wirtschaftsvertreter zu den traditionellen Štřirské Gesprächen ein. Die diesjährige Konferenz über „Wirtschaftsethik und Sozialverantwortung der Unternehmen“ stand unter einem Thema, das in der Tschechischen Republik immer mehr an Bedeutung gewinnt. Nach der Begrüßung durch Dr. Werner Böhler, dem Leiter des KAS-Auslandsbüros in Prag, führte der Ehrenvorsitzende der KAS und Ministerpräsident der Länder Rheinland-Pfalz und Thüringen a. D., Prof. Dr. Bernhard Vogel (Foto), mit einem Referat über „Die Verantwortung der Wirtschaft für das Gemeinwohl“ in die Thematik ein. Daran schloss sich eine Roundtable-Diskussion mit Vertretern aus Wirtschaft und Politik an.

ENTREPRENEURSHIP AND CAREER DEVELOPMENT

Im zweiten Jahr in Folge hat das KAS-Auslandsbüro Athen das Forum „Panorama of Entrepreneurship and Career Development“ mitorganisiert. Ziel der Veranstaltung ist es, griechische Jugendliche und junge Berufstätige über Innovationen im Unternehmenssektor zu informieren. Die KAS hatte zum Thema Unternehmensgründungen drei Experten aus Deutschland eingeladen, die Beispiele aus dem Start-up sowie Universitätssektor präsentierten. Mehr als 3.000 Gäste haben das dreitägige „Panorama“ in diesem Jahr besucht und an Diskussionen und Workshops teilgenommen.

Unternehmensexperten zu Gast in Athen



Praktische Erfahrungen und Nachhaltige Unternehmensführung

Zu diesem Thema veranstaltete die KAS am 27. März 2014 zusammen mit der Al-Akhawayn University und der Ingolstadt School of Management eine Spring School in Casablanca. Ziel war es, Prinzipien für eine werteorientierte Unternehmensführung für die Praxis zu identifizieren und ihre Anwendbarkeit im arabischen Kontext zu diskutieren. Das Fördern von unternehmerischer und privatwirtschaftlicher Initiative ist eine der grundlegenden Voraussetzungen für den Modernisierungs- und Demokratisierungsprozess in der MENA-Region. An der Spring School nahmen ausgewählte deutsche und arabische Studierende aus dem Forschungszweig „soziales Unternehmertum“ sowie Studierende des Exzellenzclusters der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Mohammed V. Rabat-Agdal teil.

Diplomado in Sozialer Marktwirtschaft 2014

Wer war Walter Eucken? Was ist Ordnungspolitik? Inwiefern hat Soziale Marktwirtschaft mit der Soziallehre der katholischen Kirche zu tun? Und: Welche Lösungsansätze kann diese Lehre für aktuelle Probleme der mexikanischen Wirtschaft und Gesellschaft bieten? Mit diesen und anderen Fragen beschäftigten sich die 28 Teilnehmer des dritten Basis-Lehrgangs in Sozialer Marktwirtschaft vom 11. bis 19. Mai 2014 in Mexiko-Stadt. Sozial engagierte Multiplikatoren aus zehn Bundesstaaten, die durch das mexikanische Netzwerk für Soziale Marktwirtschaft vorgeschlagen und ausgewählt worden waren, diskutierten u. a. mit Dr. Jorge Schreiner, dem Präsidenten der Börsenaufsichtsbehörde Paraguays, und Dr. Marcelo Resico, einem Experten für Soziale Marktwirtschaft aus Buenos Aires.

Tunesien: Die Jungunternehmer-Schule

Unter großem Medieninteresse präsentierten die KAS und der Jungunternehmerverein CJD am 14. Juni 2014 in Tunis ihr gemeinsames Projekt einer „Schule für Jungunternehmer“. KAS und CJD füllen mit dieser Initiative eine Lücke im breiten Ausbildungsangebot der Nachrevolutionsphase, da dieses Konzept gezielt bereits tätige Jungunternehmer anspricht. Die Seminare werden sich über vier Monate aufteilen und spezifische Themen umfassen wie zum Beispiel Steuergesetzgebung, HR-Management oder bankenspezifische Fragestellungen mit Blick auf den Zugang zu Krediten. „Jungunternehmern aus der Praxis das Wissen an die Hand geben, was sie brauchen, um noch erfolgreicher und aus einer gesellschaftlichen Verantwortung heraus handeln zu können, das ist das Ziel der Schule der Jungunternehmer“, umriss Dr. Hardy Ostry die Zielperspektive. Das Projekt leistet daher einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der vorhandenen kleinen und mittelständischen Unternehmen, die nach wie vor das Rückgrat der tunesischen Wirtschaft darstellen.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG ■

AFRICA RISING!

Chancen und Möglichkeiten einer nachhaltigen wirtschaftlichen Transformation in Uganda

Am 16. April 2014 veranstaltete die KAS in Uganda in Zusammenarbeit mit dem University Forum on Governance (UNIFOG) eine Vortragsveranstaltung zur Frage nach dem Aufschwung Afrikas: Wird es den afrikanischen Staaten gelingen, nach Jahren der Bürgerkriege, Armut und Korruption auch nachhaltige wirtschaftliche Transformation zu erlangen?



Prof. Julius Kiiza vom Institut für Politikwissenschaft der Makerere-Universität

Prof. Charles Kwesiga, Direktor des Uganda Industrial Research Institute, stellte zunächst die Herausforderungen ökonomischer Transformation in Uganda dar und erläuterte die Möglichkeiten, ihnen begegnen zu können. In der anschließenden hochrangig besetzten Podiumsdiskussion waren sich die Teilnehmer über das wirtschaftliche Entwicklungspotenzial Ugandas einig, bezweifelten jedoch das Vorhandensein entsprechender Rahmenbedingungen und die Funktionsfähigkeit der dazu notwendigen Institutionen. Vor allem würde zu wenig in Wissenschaft, Technologie und Innovation investiert, was aber eine unabdingbare Voraussetzung sei, um das Land zu modernisieren und zu industrialisieren. Doch nur dies würde zu einem Wirtschaftswachstum führen, das den Beginn der Transformation von einer Agrar- zu einer modernen Gesellschaft ermögliche.

BENINS JUGENDLICHE „AUF DEN SPUREN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT“



Reckya Madougou, Justizministerin a. D. und Autorin des Buches „Soziale Marktwirtschaft als dritter Weg für Benin“

Gemeinsam mit der beninischen Nicht-regierungsorganisation SOS Civisme und der Nationalen Hochschule für Angewandte Wirtschaft und Management hat das KAS-Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika das Thema Soziale Marktwirtschaft erstmals an eine beninische Universität gebracht. Im Rahmen des gemeinsamen Projekts wurden Studierende zur Diskussion über die ordnungspolitischen Herausforderungen Benins angeregt.

Eine Vorlesungsreihe, die von Anfang März bis Ende Juni 2014 stattfand, informierte die 300 Teilnehmer zunächst über Ziele, Werte und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und beschäftigte sich mit der Frage, inwiefern dieses ordnungspolitische Modell eine gangbare Alternative für die beninische Wirtschaft darstellt. Anfang Juni fand ein viertägiges Vertiefungsseminar statt, bei dem 50 Studenten die Gelegenheit hatten, insbesondere die Themen Innovation und (Social) Entrepreneurship genauer zu beleuchten.

■ DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG

STAATSBÜRGERLICHE RECHTE UND PFLICHTEN, ENGAGEMENT DER JUGEND

KAS-Seminar mit der Vereinigung der Bassari-Studenten

Im Landkreis Salémata sowie in der gesamten Region Kedougou, im Südosten Senegals, besitzen viele Bewohner keine Geburtsurkunde und keinen Personalausweis, so dass sie ihre bürgerlichen Rechte und Pflichten nicht voll ausüben können. Bei Schülern führt der Mangel eines Identitätsnachweises spätestens zum Zeitpunkt der Schulabschlussklausuren zu Problemen, viele können diese Abschlüsse wegen fehlenden Geburtsnachweises nicht ablegen. KAS und ANEEB (Association des élèves et étudiants Bassari) organisierten Mitte Mai ein Seminar zu diesem Thema in Salémata. Die Resonanz war enorm und der Erfolg spricht für sich: Die Staatsbeamten verpflichteten sich, in Zukunft die standesamtlichen Nachweise mit aller Aufmerksamkeit zu behandeln.



Ein Bassari-Student plädiert für intensive Sensibilisierung von Familien und Staatsbeamten: Geburten direkt melden und registrieren.



„WIR, RELIGIÖSE FÜHRER AUS ÄTHIOPIEN, KENIA, NIGERIA, SÜDAFRIKA UND TANSANIA...“

So beginnt die gemeinsame Erklärung zu Frieden, Demokratie und Entwicklung, die am Ende eines interreligiösen Dialogs in Dar es Salaam, Tansania, von allen anwesenden religiösen und politischen Vertretern unterzeichnet wurde. Drei Tage haben die Teilnehmer der Veranstaltung, zu der die KAS-Tansania, der Lutherische Weltbund und die Evangelisch-Lutherische Kirche Tansania eingeladen hatten, Erfahrungen und Best-Practice-Beispiele diskutiert. Neben renommierten Experten referierten hochrangige religiöse Vertreter verschiedener Glaubensrichtungen aus den Teilnehmerländern.

Der Vizepräsident Tansanias, Dr. Gharib Bilal, betonte die Bedeutung des Treffens für religiösen Frieden und Toleranz in Tansania und der Region Subsahara-Afrika. In Zeiten zunehmender religiöser Spannungen und Konflikte in der Region setze ein Austausch über die Religionsgrenzen hinweg ein wichtiges Zeichen.

WEIBLICHE FÜHRUNGSKRÄFTE IN DEN KOMMUNEN

Obwohl die neue marokkanische Verfassung von 2011 die Gleichstellung von Frauen und Männern vorschreibt, ist die große Mehrheit der Abgeordneten, Bürgermeister und führenden Verwaltungsangestellten in Marokko noch immer männlich. In Kooperation mit dem „Conseil Régional Marrakech“, dem „Maison de l'Élu“ sowie dem Auswärtigen Amt organisierte die KAS vom 28. bis 29. Mai in Marrakesch ein Forum für weiblichen Führungskräfte in den Kommunen.

Nicht nur die Zahl der Politikerinnen in Parlamenten und Gemeinderäten ist in Marokko zu gering, oft sind sie nicht gut in die politische Arbeit eingebunden und werden von ihren männlichen Kollegen nicht ausreichend integriert. Es wurden Vorschläge diskutiert, wie langfristig eine Gleichstellung der Geschlechter in öffentlichen Ämtern erreicht werden könnte. Von Seiten

der Teilnehmerinnen wurde auf die Bedeutung von Weiterbildungsmaßnahmen hingewiesen, die jungen und wenig erfahrenen Politikerinnen wichtige Kompetenzen vermitteln und Politikern den Nutzen geschlechterübergreifender Kooperation verdeutlichen könnten.



Durch spezifische Schulungs- und Motivationsmodule für Frauen wird deren Bereitschaft gestärkt, die gegebenen Partizipationsmöglichkeiten in vollem Umfang zu nutzen.



Verschiedene Gruppen diskutierten während des Workshops für Nachwuchspolitiker die politische Lage Argentinens.

DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG ■

JUGEND MACHT ZUKUNFT – WORKSHOP FÜR NACHWUCHSPOLITIKER

Am 15. und 16. März organisierten die KAS-Argentinien und die Partnerpartei PRO einen Workshop für Nachwuchspolitiker. Humberto Schiavoni, Präsident der Partei PRO, Cornelia Schmidt-Liermann, Abgeordnete im Kongress, Monica Bing, Projektkoordinatorin der KAS, und Gustavo Senetiner, Präsident der Jugendorganisation von PRO, begrüßten das große Interesse der jungen Leute. Mehr als 80 von ihnen waren aus dem ganzen Land nach Mendoza gereist, um am ersten Workshop der PRO-Jugend teilzunehmen. In kleinen Gruppen diskutierten sie wichtige politische Themen des Landes und Schlüsselkonzepte der Partei.

KONFERENZ ZU 20 JAHREN DEMOKRATIE IN SÜDAFRIKA

Die KAS veranstaltete mit ihrem Partner South African Institute for Advanced Constitutional, Public, Human Rights and International Law (SAIFAC) am 29. Mai eine Fachkonferenz zur Entwicklung der politischen Mitspracherechte in Südafrika seit dem Ende der Apartheid. Die Konferenz bildete einen wichtigen Bestandteil des Veranstaltungsprogramms der KAS im zwanzigsten Jubiläumsjahr der südafrikanischen Demokratie.

In vier Themenblöcken diskutierten Rechtsexperten, zivilgesellschaftliche Akteure und Medienvertreter verschiedene Aspekte politischer Mitspracherechte. Auch 20 Jahre nach dem Fall des Apartheidregimes wirft die umfassende Gewährleistung von politischen Teilhaberechten noch Fragen auf und diese müssen – trotz einer Reihe fortschrittlicher, demokratischer Institutionen – in Südafrika fortwährend verteidigt werden.

Die Teilnehmer des vierten Panels zum Thema Parteienfinanzierung mit SAIFAC-Direktor Prof. Bilchitz (ganz links) und KAS-Auslandsmitarbeiter Dr. Holger Dix (2.v.l.)



CINÉ CLUB KONRAD – POLITISCHE BILDUNG MIT FILMISCHEN MITTELN

Im Rahmen der Reihe „Ciné Club Konrad“ zeigt das Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika der KAS monatlich einen Film, der sich mit den Themen Demokratie und Menschenrechte beschäftigt. Im Mai 2014 wurde der Klassiker „TGV Express“ des senegalesischen Regisseurs Moussa Touré gezeigt. Dieses erfrischende Roadmovie stellt die vielfältigen Herausforderungen Westafrikas mit einem Augenzwinkern dar. Held des Films ist ein klappriger, buntlackierter Reisebus, der zwischen der senegalesischen Hauptstadt Dakar und Conakry in Guinea verkehrt.

Im Anschluss diskutierten die 40 anwesenden Jugendlichen leidenschaftlich über die im Film angesprochenen Themen: Polygamie und Geschlechterrollen in Westafrika, Korruption, ethnische Konflikte, das Aufeinandertreffen von Tradition und Moderne sowie das Verhältnis von Afrikanern und Europäern.

Fawaz Ayah, ein Sur-Place-Stipendiat der KAS in Benin, während der sich an die Filmvorführung anschließenden Debatte



„THE WORLD GOES TO TOWN“ – MUN XIAMEN

Vom 21. bis 23. März veranstaltete die KAS-Shanghai ein Model United Nations (MUN) in Xiamen/VR China zum Thema „The World goes to Town – Sustainable Urbanization as a Key to a Post-2015 Development Agenda?“. Chinesische und internationale Studierende simulierten eine Debatte zur Formulierung von Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals).



„Delegierte“ der KAS Model United Nations (MUN) „The World goes to Town“ verhandeln intensiv über eine gemeinsame Entschließung.

In einem gemeinsamen Positionsentwurf betonten die „Delegierten“, dass diese Ziele ohne einen nachhaltigen Urbanisierungsprozess nicht erreicht werden könnten und schlagen u. a. massive Investitionen in die urbane Infrastruktur sowie eine stärkere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei städteplanerischen Entscheidungen vor.

■ MEDIEN



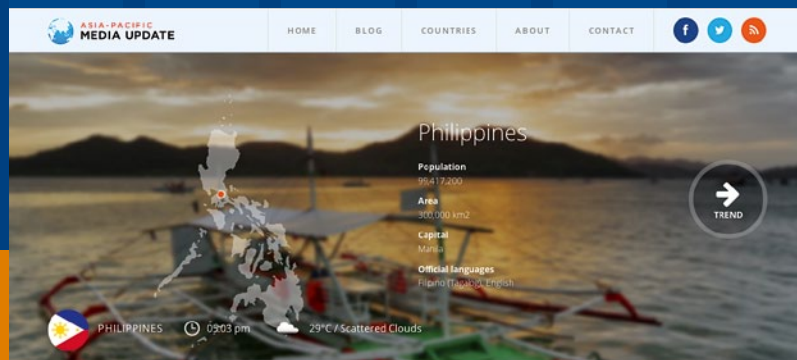
Parteisprecher aus Südosteuropa besuchen Berlin auf Einladung des KAS-Medienprogramms.

PARTEISPRECHER-NETZWERK BESUCHT POLITISCHES BERLIN

Auf Einladung des Medienprogramms Südosteuropa und des Teams für Inlandsprogramme informierten sich vom 18. bis 24. Mai elf Pressesprecher von Parteien aus Südosteuropa über politische Kommunikation in Deutschland.

Im Rahmen ihres Programms diskutierten sie u. a. mit CDU-Bundesgeschäftsführer Dr. Klaus Schüler über erfolgreiche Kampagnenstrategien. Auch die KAS-Zentrale war eine Station für Gespräche. Frank Priess, Stellvertretender Leiter Europäische und Internationale Zusammenarbeit, und Jens Paulus, Leiter des Teams Europa/Nordamerika, erläuterten der Gruppe das Engagement der Stiftung im Ausland. Zudem besuchten die Teilnehmer des Studienprogramms die BILD-Redaktion, das ARD-Hauptstadtstudio und das Bundespresseamt.

Das Thema Pressefreiheit war Gegenstand von Gesprächen mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union im Bundestag, Gunther Krichbaum MdB, Hans-Joachim Falenski, Berater der CDU/CSU-Fraktion sowie Dr. Joachim Bertele, Osteuropa-Experte im Kanzleramt. Alle drei betonten die Bedeutung von Medienfreiheit für eine erfolgreiche EU-Integration. Die Pressesprecher, PR-Manager und Social-Media-Experten aus acht Ländern – von Albanien bis Slowenien – äußerten den Wunsch, den Austausch fortzusetzen und zu intensivieren.



MEDIENPROGRAMM STARTET WATCHBLOG ZUR PRESSEFREIHEIT IN ASIEN

In Zeiten des digitalen Wandels setzt das Medienprogramm Asien zunehmend auf Online-Publikationen. Im Mai ging mit dem Asia-Pacific Media Update ein moderner Watchblog zum Thema Pressefreiheit in der Region online. Dieser berichtet mit aktuellen Beiträgen über Verletzungen der Pressefreiheit. Das Trend-Barometer macht die Gesamtentwicklung der insgesamt 33 Länder im Bereich Medien auf einen Blick erkennbar.

Darüber hinaus bewertet das Asia-Pacific Media Update die Situation der Presse und des Rundfunks durch ein leicht verständliches Rating-System. Die Bewertung berücksichtigt auch den Zugang zum Internet und den Sozialen Netzwerken. Die Rechts- und Sicherheitslage für Journalisten spielt eine ebenso wichtige Rolle. Ausführliche Länderberichte, die zweimal im Jahr aktualisiert werden, und eine Übersicht asiatischer Medien runden das Informationsangebot ab.

Mehr Informationen: www.media-update.org

POLITISCHE KOMMUNIKATION AM BEISPIEL DES WebTV

„Politische Kommunikation und WebTV“ war das Thema eines zweitägigen Workshops, zu dem die Konrad-Adenauer-Stiftung in Tunis am 7. und 8. Juni 2014 junge Repräsentanten politischer Parteien eingeladen hat.



Ton läuft, Kamera ab: Junge Leute lernen den Nutzen von WebTV für die Politische Kommunikation.

Von den vielen neuen Wegen, die das Internet der politischen Kommunikation eröffnet, stellt sich das Online-Fernsehen, auch WebTV genannt, als besonders attraktiv sowie nutzer- wie anwenderfreundlich dar. Besonders während des Wahlkampfes kann WebTV den Kandidaten eine größere Sichtbarkeit verleihen, indem sie sich unmittelbar aus Alltagssituationen heraus einer breiteren Bevölkerung zuwenden und somit näher bei den Menschen sein können. Während der zweitägigen Fortbildung haben die Nachwuchspolitiker unter Anleitung der Experten Markus Brauckmann (RTL) und Marcel Schlegelmilch (CDU-TV) eigene Sequenzen und Videos produziert und dabei mehr über das In-Szene-Setzen politischer Kommunikation erfahren.

NAMEN UND GESICHTER



Dr. Michael Borchard

- Wird ab August das Auslandsbüro in Israel leiten
- Stand mehr als zehn Jahre der Hauptabteilung Politik und Beratung der KAS vor
- Kontakt: michael.borchard@kas.de



Stefan Burgdörfer

- Wird ab August als Leiter des Auslandsbüros in Costa Rica tätig sein
- War zuvor verantwortlicher Redakteur der KAS-Auslandsinformationen
- Kontakt: stefan.burgdoerfer@kas.de



Florian Constantin Feyerabend

- Unterstützt seit Juli das Regionalprogramm Südkaukasus in Georgien als Trainee
- War zuvor wissenschaftlicher Mitarbeiter der KAS in Thailand
- Kontakt: florian.feyerabend@kas.de



Maximilian Benjamin Hedrich

- Wird ab September die Leitung des Auslandsbüros in La Paz/Bolivien übernehmen
- War bis jetzt Trainee der KAS in Warschau
- Kontakt: maximilian.hedrich@kas.de



Caroline Kanter

- Wird ab Oktober Leiterin des Auslandsbüros in Italien
- War bisher als Länderreferentin des Teams Asien und Pazifik tätig
- Kontakt: caroline.kanter@kas.de



Benedikt Seemann

- Leitet seit Juli das Auslandsbüro auf den Philippinen
- War zuvor Referent der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und Leiter des Fraktionsbüros des Parlamentarischen Geschäftsführers Kaster MdB
- Kontakt: benedikt.seemann@kas.de



Thomas Yoshimura

- Wird ab Oktober als Trainee im Auslandsbüro in Indonesien fungieren
- War zuvor Projektkoordinator der KAS-Japan
- Kontakt: thomas.yoshimura@kas.de



PLANUNGSAUSSCHUSS DER KAS IN CADENABBIA

Unter dem Titel „Die Agenda für die Zukunft: Deutschland in Europa und in der Welt“ fand im Juli in Cadenabbia die jährliche Sitzung des Planungsausschusses der Konrad-Adenauer-Stiftung statt. Unter prominenter politischer Beteiligung ging es nicht zuletzt um die Frage, wie die Erwartungen an eine noch engagiertere Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland auf unterschiedlichen Politikfeldern angemessen adressiert werden können und welche Möglichkeiten dabei die Konrad-Adenauer-Stiftung hat. Deutlich wurde, dass es speziell mit Blick auf Fragen internationaler Sicherheit eine unmittelbare Beziehung zur Entwicklungspolitik sowie zu Klima-, Umwelt- und Energiethemen gibt. Allgemeiner Tenor der Veranstaltung: Wenn wir uns nicht um die aktuellen Krisen kümmern, kommen diese Krisen zu uns. Neue Systemwettbewerbe forderten Deutschland und die Europäische Union heraus.

Schwerpunkte der Debatte waren auch die Entwicklungen in der unmittelbaren Nachbarschaft der Europäischen Union im Osten und im Süden. Stark war das Plädoyer, in diesem Zusammenhang die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union zu stärken und die Gemeinschaft insgesamt durch eine Fortsetzung der Reformanstrengungen nach innen voranzubringen. Auf die besondere Bedeutung der Pflege des transatlantischen Verhältnisses wurde dabei von vielen Seiten verwiesen.

Bei dieser Gelegenheit wurden auch die langjährigen Mitglieder des Kreises, Prof. Dr. Peter Molt, Klemens van de Sand und Dr. Hans-Helmut Taake sowie der ehemalige Staatssekretär Klaus-Jürgen Hedrich und der frühere Chef der GIZ, Dr. Bernd Eisenblätter, die an der Veranstaltung selbst nicht teilnehmen konnten, verabschiedet.



AUSGEWÄHLTE NEUERSCHEINUNGEN

AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



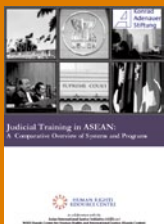
NACHHALTIGE STÄDTE – LEBENSRAÜME DER ZUKUNFT

Am 2. Juli 2014 wurde das im vergangenen Jahr auf Deutsch erschienene Buch von Prof. Dr. Wolfgang Schuster „Nachhaltige Städte – Lebensräume der Zukunft“ auf Ungarisch vorgestellt. In 21 Kapiteln beleuchtet der ehemalige Stuttgarter Oberbürgermeister kommunale Aufgabenfelder einer nachhaltigen Stadtentwicklung, die sich an den Erfahrungen der Landeshauptstadt orientieren und mit praktischen Beispielen erläutert werden. Die Neuerscheinung ist bei der KAS Ungarn kostenfrei erhältlich.



DIE HERAUSFORDERUNG NACHHALTIGER ENTWICKLUNG IN LATEINAMERIKA

Die Studie des Regionalprojekts SOPLA liefert praktische Handlungsempfehlungen im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit und wurde im Frühjahr 2014 im Rahmen regionaler Konferenzen vorgestellt. Das Thema besitzt hohe Relevanz, weil diskutiert werden muss, wie gerade in Lateinamerika wirtschaftliche Entwicklung und Aspekte der Nachhaltigkeit vereinbart werden können. Dazu will diese Publikation einen Beitrag leisten.



PARLAMENTSHANDBUCH SENEGAL

In Zusammenarbeit mit der Journalistenakademie CESTI (Centre d'Etudes des Sciences et Techniques de l'Information) hat das Auslandsbüro Senegal ein aktuelles Handbuch für die senegalesische Nationalversammlung herausgegeben. Im Mittelpunkt stehen die Monographien der 150 Abgeordneten; zusätzlich werden im Handbuch aber auch viele Aspekte der Geschichte, Organisation und Funktionsweise der Nationalversammlung erklärt, sodass die Veröffentlichung ein wertvolles Informationswerk für die senegalesische Bevölkerung und für alle Bildungsinstitutionen darstellt.



RICHTERAUSBILDUNG IN ASEAN: EIN VERGLEICHENDER ÜBERBLICK ÜBER SYSTEME UND PROGRAMME

ASEAN will im Jahr 2015 eine neue Integrationsstufe erreichen. Stabile und regelbasierte Übergänge stellen auch Herausforderungen an die Justiz. Die auf Englisch vorliegende Forschungsarbeit gibt einen Überblick über die Richterausbildung in den ASEAN-Mitgliedstaaten und erweitert damit den Blickwinkel der Studie ‚Rechtsstaat für Menschenrechte in ASEAN: Eine Bestandsaufnahme‘ aus dem Jahr 2011. Damit unterstützt sie ASEAN-weit Richterausbildungseinrichtungen und andere interessierte Akteure.



DAS ERBE DER WELTMEISTERSCHAFT

Zur Fußballweltmeisterschaft veröffentlicht die KAS in Brasilien die Zeitschrift „Das Erbe der Weltmeisterschaft“. 17 Autoren aus verschiedenen Landesteilen und Arbeitsbereichen kommen hier zu Wort und bieten einen Einblick in die brasilianische Perspektive der WM 2014. An der Diskussion zur Publikation können Sie sich zudem über Twitter beteiligen: #copakas

Erklärfilm zum Thema Maritime Sicherheit:

Zur Notwendigkeit eines deutschen maritimen Engagements

Verlässliche maritime Lebensadern sind die Grundlage unseres Wohlstandes, doch die Fragilität globaler seegebundener Handelswege hat angesichts neuartiger Bedrohungen in den letzten Jahren massiv zugenommen. Dessen sind sich Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland nicht hinreichend bewusst. Unser Film analysiert die Bedeutung und die komplexen Herausforderungen, mit denen sich Deutschland, aber auch andere Industrienationen, bei der Sicherung ihrer maritimen Lebensadern konfrontiert sehen.

Schauen Sie rein unter: www.kas.de/maritime_sicherheit

